



## Antrag Klimaschutz JETZT in Schwelm

Sehr geehrte Frau Grollmann,

zum TOP „Klimawandel“ in der Ratssitzung am 27.06.2019 stellen die Fraktionen B`90 / Die Grünen und DIE Bürger folgenden Antrag:

### Der Rat möge beschließen:

- Der Rat der Stadt Schwelm erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- Der Rat der Stadt Schwelm stellt fest, dass die globale Klimakrise auch die Stadt Schwelm erreicht hat und unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Klimanotstandes“, wie sie am Ende dieses Antrages abgedruckt ist. Die Stadt Schwelm setzt damit ein deutliches Zeichen, dass die bisherige städtische Klimapolitik weiter entwickelt werden muss.
- Die Stadt berücksichtigt bei jeglichen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Um dies auch in der politischen Arbeit nachhalten zu können beantragen wir, dass zukünftig alle Beschlussvorlagen vergleichbar zu den „finanziellen Auswirkungen“ um den Punkt „Klimafolgen“ ergänzt werden und dargestellt wird, inwiefern und in welchem Maße zur Realisierung vorgesehene städtische Maßnahmen und Projekte sich förderlich, neutral oder schädlich auf das Klima auswirken. Die TBS sollen dieser Maßgabe ebenfalls inhaltlich und organisatorisch folgen.
- Die Verwaltung wird beauftragt einen Masterplan 100% Klimaschutz zu entwickeln, den Gremien vorzulegen und den Plan kontinuierlich mit diesen Gremien gemeinsam fortzuentwickeln. Ziel muss es sein, dass Schwelm im Laufe der nächsten Jahre eine klimaneutrale Kommune wird.
- Die Stadt Schwelm erarbeitet ein Konzept für die Ladeinfrastruktur zur Förderung der E-Mobilität im Stadtgebiet.
- Die Bürgermeisterin wird aufgefordert, dem Rat und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten Bericht zu erstatten.
- Die Stelle des Klimamanagers wird unbefristet über den bisherigen Förderzeitraum hinaus im Rahmen einer vollen Stelle bei der Stadt eingerichtet und im Stellenplan festgeschrieben.

## **Begründung:**

Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltproblem. Er ist weltweit, aber auch vor Ort eine Gefahr für die Wirtschaft, Landwirtschaft, Gesundheit und den Artenschutz.

Das Zeitfenster, das uns noch bleibt, um unsere Lebensgrundlage auf Dauer zu sichern, schließt sich rasant. Das Tempo, das momentan beim Klimaschutz an den Tag gelegt wird, reicht bei weitem nicht aus, um insbesondere unseren jüngsten Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten.

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur insgesamt. Das Aussterben von Tierarten oder speziell der gut dokumentierte Rückgang von Fluginsekten sind nur Vorboten bald nicht mehr aufzuhaltender Entwicklungen.

Nicht zuletzt waren die vergangenen fünf Jahre die laut Umweltbundesamt durchschnittlich wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Hier sind präventive Maßnahmen geboten und teils auch bereits umgesetzt, die die Stadt mit kommunalen und privaten Gebäuden und Infrastrukturen widerstandsfähiger gegenüber Starkregen und Hitze machen. Beispielsweise sind Pflanzen und Bäume, die das bereits veränderte Klima besser ertragen können, auszuwählen.

Gleichzeitig ist es dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik generell effiziente und konsequente Maßnahmen zu ergreifen, um die drohende Katastrophe noch aufzuhalten.

Es ist deshalb zwingend erforderlich, schnellstmöglich, auch in Schwelm, große Emissionsreduktionen zu erreichen, bereits angehäuften Versäumnisse aufzuholen und kommenden Generationen ihre Handlungsspielräume zu bewahren. Der im letzten Liegenschaftsausschuss vorgestellte Energiebericht zeigt beispielhaft enormes Potential auf, welches in den letzten Jahren nicht angefasst wurde.

Es liegt in der Verantwortung der Kommunen, ihre gesamte Gestaltungsmacht auszunutzen, um der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Klimakrise gerecht zu werden und diese endlich als das zu behandeln, was sie ist: eine existentielle Krise.

Damit ist Schwelm nicht allein: Weltweit haben Kommunen dies erkannt und nun begonnen, den sogenannten „Klimanotstand“ auszurufen und damit ein Signal gesetzt, um jegliche Aktivitäten immer und grundsätzlich auch unter dem Aspekt der Klimaverträglichkeit zu betrachten, und alle gegebenen Steuerungsmöglichkeiten zu nutzen.

Denn: Es ist jetzt Zeit zu handeln!

## **Resolution zur Ausrufung des „Klimanotstandes“ („Climate Emergency“)\*1 der Stadt Schwelm**

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1,5 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein. Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Natur-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken.

Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Die Stadt Schwelm erklärt den „Klimanotstand“ und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Stadt Schwelm wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Stadt Schwelm orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Die Stadt Schwelm fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Die Stadt Schwelm fordert die Bundesregierung und die Landesregierung dazu auf, zukünftig umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, zu informieren.

\*1: Die Begriffe «Climate Emergency» bzw. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein!